

Antrag 31/II/2023**Abt. 06/03****Der Landesparteitag möge beschließen:****PPP und ÖÖP sind keine Wundermittel!**

1 Die SPD-Mitglieder in Senat und Abgeordnetenhaus wer-
 2 den aufgefordert, die Finanzierung öffentlicher Infra-
 3 strukturprojekte (Neubau und Sanierung) durch Modelle
 4 von Public-Private-Partnership (PPP) auszuschließen und
 5 öffentlich-öffentliche Partnerschaften (ÖÖP) nur zuzulas-
 6 sen, wenn

7
 8 • der Vertragspartner des Landes ebenfalls im Finanz-
 9 kreislauf des Landes Berlin (Hauptverwaltung, Be-
 10 zirke, öffentliche Anstalten und Körperschaften des
 11 Landes

12
 13 oder

14
 15 privatrechtliche Unternehmensbeteiligungen mit Landes-
 16 mehrheit) angesiedelt ist und

- 17 • das gesamte vertragliche Konstrukt aus Bauvor-
 18 haben und Finanzierungsvorgang insgesamt nach-
 19 weislich wirtschaftlicher ist und
- 20 • das Vorhaben in der Investitionsplanung bereits vor-
 21 gesehen war und die realisierte ÖÖP-Struktur am
 22 Ende keine finanzielle Umgehung der Investitions-
 23 kapazität des Berliner Landeshaushalts und seiner
 24 Investitionsplanung darstellt.

25

26

Begründung

28 Schon 2005-2010 hat sich die SPD Berlin kritisch mit PPP-
 29 Strukturen für die Errichtung oder Sanierung öffentlicher
 30 Infrastruktur auseinandergesetzt. Dabei wurde vom Lan-
 31 desparteitag kritisch festgestellt, dass PPP häufig mit der
 32 Privatisierung von Renditen bei gleichzeitiger Konzentra-
 33 tion der Risiken bei der öffentlichen Hand verbunden sind.
 34 2010 hat eine Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion im Abge-
 35 ordnetenhaus zudem festgelegt, dass PPP-Projekte nur
 36 in Frage kommen, wenn sie in der Investitionsfinanzie-
 37 rung bereits verankert sind und das „private Bauen“ sich
 38 als vorteilhaft erweist. Damit sollte der Gefahr entgegen-
 39 gewirkt werden, dass zukünftige öffentliche Haushalte
 40 durch Mietzahlungen überbelastet werden, während die
 41 aktuellen Spielräume für haushaltsfinanzierte Investitio-
 42 nen bereits vollständig verbraucht wurden. 2017 war unser
 43 Kreisvorsitzender Mitantagsteller zur Verhinderung von
 44 PPP im Bundestagswahlprogramm.

45

46 Beim Schulbau wurden diverse Vorhaben mit der landes-
 47 eigenen HoWoGe als Bauherrn auf den Weg gebracht.
 48 Hierfür werden rückzahlbare Gesellschafterdarlehen an

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****PPP und ÖÖP sind keine Wundermittel!**

Die SPD-Mitglieder in Senat und Abgeordnetenhaus wer-
 den aufgefordert, die Finanzierung öffentlicher Infra-
 strukturprojekte (Neubau und Sanierung) durch Modelle
 von Public-Private-Partnership (PPP) auszuschließen und
 öffentlich-öffentliche Partnerschaften (ÖÖP) nur zuzulas-
 sen, wenn

- der Vertragspartner des Landes ebenfalls im Finanz-
 kreislauf des Landes Berlin (Hauptverwaltung, Be-
 zirke, öffentliche Anstalten und Körperschaften des
 Landes oder privatrechtliche Unternehmensbeteili-
 gungen mit Landesmehrheit) angesiedelt ist und
- der Vertrag keine Regelungen enthält, nach
denen das Land Berlin dem privatrechtlichen
Vertragspartner Mindesteinnahmen oder die
Übernahme von Mehrausgaben gewährleistet und
- das gesamte vertragliche Konstrukt aus Bauvor-
 haben, Bewirtschaftung und Finanzierungsvorgang
 insgesamt nachweislich wirtschaftlicher ist und
- das Vorhaben in der Investitionsplanung bereits vor-
 gesehen war und die realisierte ÖÖP-Struktur am
 Ende keine finanzielle Umgehung der Investitions-
 kapazität des Berliner Landeshaushalts und seiner
 Investitionsplanung darstellt.

49 die Wohnungsbaugesellschaft vergeben und die fertig ge-
50 stellten vom Schulträger (Bezirk) langfristig angemietet.
51 Diese Struktur stellt ein ÖÖP dar und hat als Nachteil le-
52 diglich die Belastung künftiger Haushaltsspielräume zur
53 Folge. Eine solche Belastung muss im Sinne der Bildungs-,
54 Jugend- oder Sozialpolitik späterer Jahrzehnte eng gede-
55 ckelt werden.
56
57 Mit der schwarzroten Koalition taucht PPP als vermeintli-
58 che Problemlösung massiv wieder auf. Die grundsätzliche
59 Verankerung von Daseinsvorsorge in öffentlichem Eigen-
60 tum und die finanzielle Vernunft sprechen weiter dage-
61 gen.